

Senioren und Gutsituierte erben am meisten

Neue Zahlen zu Erbschaften und Schenkungen anhand von Steuerdaten des Kantons Bern

Bei etwa 2,5 Prozent liegt die Wahrscheinlichkeit, im Leben mit einer Million Franken oder mehr beerbt oder beschenkt zu werden. Darauf schliesst eine neue Berner Studie. Verteilt sind die Erbschaften einseitig.

Marcel Amrein

Vor der Abstimmung über die Erbschaftssteuer-Initiative interessieren Zahlen zum Erben und Schenken in der Schweiz. Doch die Datenlage ist eher dünn. Über die Gesamtsummen figurieren unterschiedliche Angaben (vgl. Zusatz), und hinsichtlich anderer

ERBSCHAFTSSTEUER

Eidgenössische Volksabstimmung vom 14. Juni 2015

Aspekte sind keine oder nur veraltete Informationen verfügbar. Eine bisher unveröffentlichte, vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) geförderte Studie der Universität Bern und der Berner Fachhochschule¹ wirft nun etwas mehr Licht darauf, wie hierzulande vererbt und verschenkt wird.

Schenkungen wegen Initiative

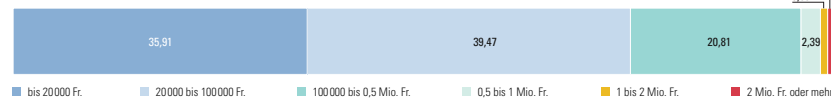
Die Studie macht indes lediglich Angaben über den Kanton Bern. Zugrunde liegen ihr Daten der Steuererklärungen für die Jahre 2002 bis 2012. Laut diesen werden im Kanton Bern jährlich Erbschaften in der Grössenordnung von 1 bis 2 Milliarden Franken empfangen. Der Gesamtbetrag schwankt mit dem Wirtschaftszyklus; von 2007 auf 2008 brach er wegen der Finanzkrise ein. Die Schenkungen summieren sich auf rund 1 Milliarde Franken pro Jahr. Hier fällt der Ausreisser von 2011 auf: Die drohende Rückwirkungsklausel der Erbschaftssteuer-Initiative liess die Schenkungen damals auf über 4,5 Milliarden Franken anschwellen.

Eine einzelne Erbschaft beträgt durchschnittlich rund 100 000 bis 150 000 Franken. Der Wert wird aber von den relativ wenigen hohen Erbschaften nach oben getrieben – gut 1,4

Verteilung der Erbschaften

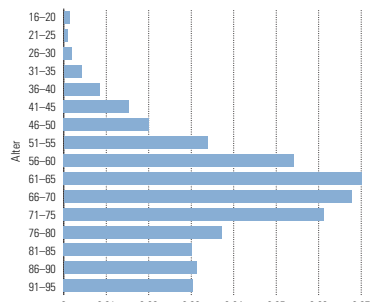
Kanton Bern, 2002 bis 2012

Verteilung nach Höhe der Erbschaften, in Prozent



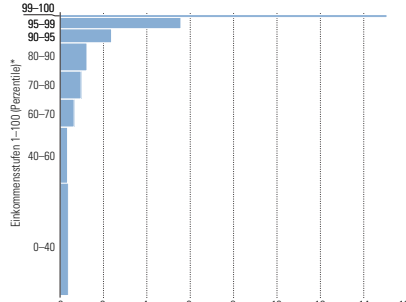
Alter der/des Beerbt(en)

Jährliche Wahrscheinlichkeit für eine Erbschaft von 1 Mio. Fr. oder mehr, in Prozent



Einkommen der/des Beerbt(en)

Verteilung der Erbschaften von 1 Mio. Fr. oder mehr, in Prozent



QUELLEN: UNIVERSITÄT BERN, BERNER FACHHOCHSCHULE

NZZ-INFOGRAFIK / efi

Wie viel wird in der Schweiz vererbt?

Die Angaben in der neuen Berner Studie zu den jährlichen Erbschaften im Kanton Bern (rund 1–2 Milliarden Franken) und zu den Schenkungen (rund 1 Milliarde Franken) erscheinen vergleichsweise tief. Die meisten vorliegenden Untersuchungen gehen – auf die gesamte Schweiz bezogen – von einem teilweise deutlich höheren Niveau aus. Einigkeit über die total vererbte und verschenkte Summe besteht aber nicht.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) schätzte im Jahr 2003 die Nachlässe auf 18 bis 22 Milliarden Franken und die Schenkungen auf 6 bis 7,3 Milliarden Franken, unter anderem indem sie Steuerdaten von 1997 hochrechnete. Diese Angaben sind heute mit Sicherheit veraltet. Dasselbe gilt für die Werte aus der Studie «Erben in der

Schweiz – eine Familiensache mit volkswirtschaftlichen Folgen», die 2007 im Rahmen eines Nationalen Forschungsprogramms veröffentlicht wurde. Basierend auf Zürcher Daten aus dem Jahr 2000 berechneten die Autoren ein Erb- und Schenkungsvolumen von 28,5 Milliarden Franken.

Auf ebendiese Studie stützen sich die Initianten im laufenden Abstimmungskampf. Sie geben meist einen auf aktuellere Verhältnisse hochgerechneten Wert von 40 Milliarden Franken an. Ein Betrag in ähnlicher Grössenordnung ist auch auf der Gegenseite zu hören: Von rund 47 Milliarden Franken für das Jahr 2013 spricht eine unter Leitung des emeritierten Wirtschaftsprofessors Franz Jaeger verfasste Studie, die Initiativgegner in Auftrag gegeben hatten. Jaeger

unterstreicht allerdings, dass die gesamte Erbmasse weitaus grösser sein dürfte, da Geschäftsliegenschaften, unbebaute Grundstücke und Immobilien im Ausland nicht erfasst sind.

Schliesslich traten vor einem Monat die beiden Lausanner Forscher Marius Brühlhart und Elodie Moreau mit einem neuen, hohen Wert hervor. Sie schätzen die in der Schweiz vererbte Summe auf 61 Milliarden Franken im Jahr 2011. Extrapoliert auf das Jahr 2015 ergibt sich gar ein Betrag von 76 Milliarden Franken. Brühlhart und Moreau folgten bei ihren Berechnungen denjenigen, die der Besteller-Ökonom Thomas Piketty zuvor für Frankreich angestellt hatte. Laut ihrer Studie sind die Erbschaften seit 1975 von 5 auf 13 Prozent des Schweizer Volkseinkommens gestiegen.

Prozent der Erbschaften sind grösser als 1 Million Franken. Jener Betrag dürfte ungefähr die Schwelle sein, ab der die Erbschaftssteuer-Initiative zum Tragen käme. (Deren Freigrenze von 2 Millionen Franken bezieht sich auf den Nachlass, nicht die einzelnen Erbschaften.)

Entsprechend gering ist die Chance einer Einzelperson auf eine hohe Erbschaft. Zwar deklarieren pro Jahr etwas mehr als 2 Prozent der Steuersubjekte eine Erbschaft. Bei nur etwa 3 von 10 000 Personen aber handelt es sich um Erbschaften von 1 Million Franken oder mehr. Die Wahrscheinlichkeit, eine Erbschaft oder Schenkung von 1 Million Franken oder mehr zu erhalten, liegt laut den Studienautoren über das Leben hinweg bei ungefähr 2,5 Prozent.

Hochbetagte Erben

Die Wahrscheinlichkeiten sind nicht gleichmässig über die Bevölkerung verteilt. So fällt auf, wie sehr sich die Erbschaften in der zweiten Lebenshälfte konzentrieren. Die höchsten Raten bestehen im Alter von etwa 55 bis 75 Jahren. Nur wenige Erbschaften gehen an Personen unter 40. Selbst hochbetagte Personen von über 90 Jahren weisen eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit auf. Bei den Schenkungen dagegen finden sich die höchsten Raten bei Personen zwischen 40 und 55 Jahren.

Eine ebenfalls einseitige Verteilung ist ersichtlich, wenn man das Einkommen der begünstigten Personen betrachtet. So gehen rund 15 Prozent aller Erbschaften von 1 Million Franken oder mehr an das einkommensstärkste Prozent der Bevölkerung. Dieser Anteil ist etwa gleich gross wie derjenige der untersten 40 Prozent. Noch markanter ist die Verteilung hinsichtlich der Vermögenssituation. Gut ein Viertel der Erbschaften von 1 Million Franken oder mehr geht an das vermögendste Spielten hier allerdings auch sogenannte Lebenszyklus-Effekte ein Rolle: Die höchsten Chancen auf ein Erbe bestehen just in jener Phase des Lebens, in welcher das Vermögen sowieso meist auf dem Höchststand ist.

¹ Ben Jann, Robert Fluder (2015), Erbschaften und Schenkungen im Kanton Bern, Steuerjahre 2002 bis 2012.

BND soll Swisscom-Kunden ausspioniert haben

Laut angeblichen Geheimdokumenten hat der deutsche Geheimdienst neun Datenleitungen aus der Schweiz angezapft

Der deutsche Geheimdienst BND habe Daten aus der Schweiz an die NSA weitergeleitet: Das sagt ein österreichischer Politiker gestützt auf neu aufgetauchte Dokumente.

Markus Häflicher, Bern

Der Abhörskandal um den deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) und die amerikanische NSA betreffe auch Schweizer Privatpersonen und Firmen. Das sagt Peter Pilz, grüner Abgeordneter im österreichischen Nationalrat, gestützt auf angebliche Geheimdokumente. Am Mittwoch präsentierte Pilz die Dokumente in Bern – zusammen mit der Co-Präsidentin und dem Fraktionschef der Schweizer Grünen, Regula Rytz und Balthasar Glättli.

Mit den Dokumenten glaubt Pilz bellegen zu können, dass der BND Internetdaten aus der Schweiz ausspioniert und an die NSA weitergeleitet habe. Passiert sei das im Rahmen der «Operation Eikon», die deutsche Medien im Oktober 2014 publik gemacht haben. Neu ist jetzt der Bezug zur Schweiz. Pilz präsentierte eine mit vielen technischen Details versehene Liste von über 250 Daten-Transitleitungen durch Deutschland. Dabei handle es sich um eine Prioritätenliste jener Leitungen, die der BND zwischen 2004 und 2008 im Auftrag der NSA ausgespäht habe. Neun

der 250 Transitleitungen kommen aus der Schweiz und führen nach Prag, Sydney, Tokio, Seoul, Luxemburg, Warschau und Moskau. Auf Schweizer Seite wurden diese Leitungen laut Liste von der Swisscom betrieben. In Frankfurt, wo sich der grösste Internetknotenpunkt der Welt befindet, soll die deutsche Telekom dem BND Zugriff gewährt haben. Der BND habe die Daten an die NSA weitergegeben, gestützt auf ein Memorandum aus dem Jahr 2002.

Grüne planen Strafanzeige

Wenn die Liste authentisch ist, wäre die Schweiz eines von 64 Ländern, die vom BND/NSA-Lauschgriff betroffen wären. Der Zugriff auf die Leitungen stützt sich laut Pilz auf einen Vertrag zwischen BND und deutscher Telekom von 2004. Diesen Vertrag hat Pilz vor ein paar Tagen in Österreich veröffentlicht. Der Vertrag regelt die Aufklärung von «kabelgestützten leitungs- und paketvermittelten Fernmeldeverkehren, die ihren Ursprung und ihr Ziel nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben (Transit)». Über die Herkunft der Dokumente äussert Pilz sich unter Berufung auf den Quellenschutz nicht. Er habe ihre Echtheit jedoch zweifelsfrei verifiziert, sagt Pilz. In Österreich ist der 61-Jährige eine bekannte Grösse. Seit über 20 Jahren gehört er dem Parlament an. Einerseits ist er wegen seiner Streitbarkeit umstritten, andererseits ist er über die Parteigrenzen hinaus respek-

tiert für Verdienste bei der Aufdeckung mehrerer Skandale – etwa bei der Eurofighter- und der Lucona-Affäre.

Im Unterschied zu anderen Grünen – notabene auch zu vielen Schweizer Grünen – hält Pilz Nachrichtendienste und Armee grundsätzlich für notwendig. Warum er sich trotzdem gegen die flächendeckende Überwachung wehrt,



Peter Pilz, Abgeordneter (Grüne)

begründet Pilz ironisch mit einem Zitat der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel: «Ausspähen unter Freunden – das geht gar nicht.» Derzeit befindet sich Pilz mit seinen Geheimdokumenten auf einem Medien-Marathon durch Europa. In Wien und Berlin ist er bereits vor den Medien aufgetreten; ein weiterer Auftritt ist in Brüssel geplant. Den Schweizer Grünen spielt Pilz damit einen politischen Steilpass in der Debatte um das Nachrichtendienstgesetz zu, das der Ständerat am 11. Juni berät. Das Gesetz soll dem Schweizer Nachrichtendienst genau das erlauben, was der BND in Frankfurt gemacht haben soll: die Kabelaufklärung. Die

Grünen bekämpfen diese Kompetenzausweitung für den Nachrichtendienst. Sie verlangen auch, dass «die offizielle Schweiz» gegenüber den deutschen Behörden dezidiert auf die mutmassliche Ausspionierung reagiere. Zudem bereitet die Partei laut Glättli vorsorglich eine Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft wegen Spionage vor.

«Keine Garantien abgeben»

Die Swisscom erklärt, sie habe von der möglichen Abhöraktion nur aus den Medien Kenntnis. Die Firma weist darauf hin, dass sie die Kommunikation nur innerhalb der Schweiz schützen könne. «Swisscom kann deshalb für Daten, die das Swisscom-Netz verlassen, keine Garantien abgeben.» Die von Pilz erwähnten neun Leitungen «gehören gemäss unserem Kenntnisstand aktuell nicht uns», teilt die Swisscom mit. Um die Situation vor zehn Jahren zu klären, würde man weitere Angaben brauchen.

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) reagiert mit einer generellen Stellungnahme. «Der NDB untersucht die Veröffentlichungen betreffend die nachrichtendienstlichen Aktivitäten technischer Natur von ausländischen Nachrichtendiensten, die potenzielle Zusammenhänge mit der Schweiz haben könnten», sagt eine Sprecherin sibyllisch. Zurzeit seien Abklärungen im Gange, «um Verbindungen zu unserem Land zu prüfen». Präziser wollte die Sprecherin nicht werden.

Dank Postfinance keinen Status quo

Das erste Quartal der Post

(sda) – Die Schweizerische Post hat im ersten Quartal 2015 einen Konzerngewinn von 225 Millionen Franken erwirtschaftet. Das sind 26 Millionen (13,1 Prozent) mehr als im Vorjahr. Die Post erklärt die Steigerung mit höheren Erträgen aus Finanzdienstleistungen. Der Ebit betrug 292 Millionen Franken (253 Millionen in der Vorjahresperiode). Wie die Post am Mittwoch mitteilte, trugen alle vier Märkte zum Plus bei. Der Betriebsertrag blieb mit 2,13 Milliarden Franken stabil (Vorjahr 2,14 Milliarden Franken). Einen leichten Rückgang gab es im Kommunikationsmarkt. Dort steht ein Betriebsergebnis von 83 Millionen Franken einem solchen von 88 Millionen im Vorjahr gegenüber.

Die Zahl der adressierten Briefe sank; dafür stieg die Zahl der unadressierten Sendungen weiter. Die Logistik erzielte trotz mehr beförderten Paketen ein Betriebsergebnis, das mit 31 Millionen jenem des Vorjahres entspricht. Auch Postauto verzeichnet mit 13 Millionen ein unverändertes Ergebnis. Wesentlich bessere Zahlen verzeichnete die Post bei den Finanzdienstleistungen. Einem Quartalsergebnis von 172 Millionen Franken stehen hier 127 Millionen in der Vergleichsperiode des Vorjahres gegenüber. Die Zunahme von 45 Millionen Franken ergab sich hauptsächlich aus Wertsteigerungen von Finanzanlagen. Der Neugeldzufluss sank um 5,9 Milliarden Franken, was die Zinssituation widerspiegelt.